

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Erhard (Bad Schwalbach), Franke, Spranger, Dr. Langguth, Krey, Regenspurger, Dr. Miltner, Berger (Herne), Biechele, Burger und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 8/4484 –

Bevölkerungsentwicklung

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern – O II 4 – 143 251 – 1/6 – hat mit Schreiben vom 20. Oktober 1980 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung

Der mit der Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion erhobene ungerechtfertigte Vorwurf widersprüchlicher Äußerungen der Bundesregierung in bezug auf die Bevölkerungsentwicklung wird entschieden zurückgewiesen. Er gibt Veranlassung, in einer Vorbemerkung folgende Zusammenhänge darzustellen:

Der am 2. Juli 1980 im Bundeskabinett beratene und dem Präsidenten des Deutschen Bundestages zugeleitete 1. Teil des Berichts über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland (Drucksache 8/4437) weist in einer sorgfältigen Analyse nach, daß das in der Gegenwart zu beobachtende Verhalten von heiratsfähigen Männern und Frauen in bezug auf Kinder und Kinderzahl Ergebnis einer über 100jährigen Entwicklung ist, die in allen vergleichbaren Industrieländern ähnlich verläuft.

Unter Berücksichtigung dieser Erkenntnis werden in dem Bericht die Ergebnisse von drei Modellrechnungen über eine langfristige, bis zum Jahr 2030 reichende Entwicklung der deutschen

Bevölkerung dargestellt, denen einmal die Annahme gleichbleibenden Geburtenverhaltens (Nettoreproduktionsrate 0,627), zum anderen ein Überschreiten (Nettoreproduktionsrate bis 0,8) und ein Unterschreiten der derzeitigen Geburtenhäufigkeit (Nettoreproduktionsrate bis 0,5) zugrundegelegt wurden.

Auf diese Aussagen über eine langfristige Entwicklung der Bevölkerung haben kurzfristig auftretende Schwankungen der Geburtenzahlen keinen Einfluß. Die Bundesregierung bekräftigt deshalb die in ihrer Antwort (Drucksache 8/3299) auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vertretene Auffassung, daß es nicht zulässig ist, auf der Basis von Quartals- oder Halbjahreswerten Einschätzungen der künftigen Entwicklung vorzunehmen.

Nicht in Widerspruch hierzu stehen Äußerungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit im Zusammenhang mit dem Anstieg der absoluten Geburtenzahlen (nicht zu verwechseln mit der Geburtenhäufigkeit, die Rückschlüsse auf das generative Verhalten zuläßt) seit Mitte des Jahres 1979. Solche Äußerungen sind vor dem Hintergrund abgegeben worden, daß noch vor Jahresfrist nicht abzusehen war, ob der seit Mitte der 60er Jahre zu beobachtende besonders starke Geburtenrückgang weiter anhält oder einen Tiefpunkt erreicht hat. Der Anstieg der absoluten Geburtenzahlen seit Mitte 1979, der im 1. Halbjahr 1980 gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahrs immerhin rund 7 v. H. betrug, rechtfertigt die Annahme, daß sich der Geburtenrückgang nicht weiter fortsetzt und sich die Geburtenhäufigkeit auf dem derzeitigen Niveau stabilisiert. Ein Teil des Geburtenanstiegs seit 1979 kann zwar damit erklärt werden, daß der vorausgesehene Eintritt starker Jahrgänge in das heiratsfähige Alter mehr Geburten zur Folge hat, ohne daß dies bereits in der Zukunft auf mehr Kinder, bezogen auf Frauen oder Ehepaare, schließen läßt. Der größere Teil des prozentualen Anstiegs im 1. Halbjahr 1980 gegenüber dem Vorjahr ist damit noch nicht erklärt; es könnte sich teilweise um eine schon wiederholt vorgekommene vorübergehende Schwankung, um zusätzliche Geburten ausländischer Frauen, die im Wege des Familiennachzugs in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind, oder aber auch um ein leichtes Ansteigen der Geburtenhäufigkeit deutscher Frauen handeln.

Danach rechtfertigt der Umfang des Anstiegs der absoluten Geburtenzahlen den vorsichtigen Optimismus, daß nunmehr die Geburtenhäufigkeit eher leicht zunehmen als weiter abnehmen wird, ohne daß damit der für die langfristige Vorausberechnung der Bevölkerungsentwicklung gesetzte Rahmen eines niedrigen Geburtenniveaus überschritten wird.

Nichts anderes haben die Vertreter der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht, wenn sie auf die Tatsache des Anstiegs der absoluten Geburtenzahlen hingewiesen, gleichzeitig aber davor gewarnt haben, darin bereits eine Trendwende hinsichtlich der Geburtenhäufigkeit zu erblicken.

Mit dieser Einschätzung – auch im Hinblick auf die jüngste Entwicklung – steht die Bundesregierung im Einklang mit dem Bericht „Bevölkerungsentwicklung und nachwachsende Generation“ eines Arbeitskreises der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt, der im Auftrag des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit erarbeitet und im Sommer dieses Jahres der Öffentlichkeit vorgestellt wurde (s. Sozialer Fortschritt Jahrgang 29/1980, Heft 7/8).

Die einzelnen Fragen werden, dies vorausgeschickt, wie folgt beantwortet:

1. Bewegt sich die Zahl der Geburten deutscher Kinder in den Jahren 1979 und 1980 im Rahmen der amtlichen Vorausschätzungen, insbesondere der fünften koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung aus dem Jahr 1975, bzw. wie groß sind die Abweichungen zwischen den tatsächlichen und den geschätzten Geburten?

Die fünfte koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung ließ für das Jahr 1979 516 000 deutsche Lebendgeborene erwarten. Tatsächlich wurden in der Bundesrepublik Deutschland 506 424 deutsche Kinder geboren. Damit liegt die Geburtenzahl für die deutsche Bevölkerung im Jahr 1979 um rund 9600 (= 2 v. H.) unter der geschätzten Zahl.

Für den Zeitraum der fünften koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung 1975 bis 1979 liegt die Zahl der deutschen Lebendgeborenen um 11 400 (= 0,4 v. H.) unter dem Schätzwert. Sie hält sich damit im Rahmen der Vorausschätzung.

Für das Jahr 1980 liegen die (vorläufigen) Zahlen der Lebendgeborenen erst bis zum Monat Juli vor; dabei fehlt noch eine Gliederung nach der Staatsangehörigkeit. Schon deshalb ist ein genauer Vergleich der vorausgeschätzten mit der tatsächlichen Zahl der deutschen Lebendgeborenen nicht möglich.

2. Sieht die Bundesregierung auf Grund der im Jahr 1980 bekanntgewordenen Zahlen der Geburten deutscher Kinder nunmehr Veranlassung, nicht mehr davon auszugehen, daß die deutsche Bevölkerung langfristig ganz erheblich abnehmen wird, wie sie dies beispielsweise in der Antwort vom 26. Oktober 1979 auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion und in ihrem Bericht vom 2. Juli 1980 über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland getan hat?

Hierzu wird auf die Ausführungen in der Vorbemerkung verwiesen.

3. Hat die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich jetzt nicht mehr die ungünstigste Geburtenentwicklung?

Soweit bisher internationale Vergleichszahlen über Geburtenziffern für 1979 und die ersten Monate 1980 vorliegen, hat sich die Position der Bundesrepublik Deutschland nicht verändert.

4. Weshalb haben verschiedene Sprecher der Bundesregierung durch Erklärungen in der jüngsten Zeit den Eindruck erweckt, als ob in diesem Jahr ein neuer Geburtenrekord und damit eine Tendenzwende zu verzeichnen sei, obwohl die Bundesregierung eindringlich davor gewarnt hat, „auf der Basis von Quartals- und Halbjahreswerten Einschätzungen der weiteren Entwicklung vorzunehmen“, da der Geburtenrückgang „Begleitphänomen einer weit zurückreichenden Entwicklung“ sei, bzw. weshalb wurde von den Sprechern nicht auf diesen einschränkenden Tatbestand hingewiesen?

Hierzu wird ebenfalls auf die Ausführungen in der Vorbemerkung verwiesen.

5. Wie hat sich die Zahl der Eheschließungen im Verhältnis zu 1000 Unverheirateten in den Altersgruppen der Männer zwischen 18 bis 45 Jahre und der Frauen von 16 bis 40 Jahre von 1970 bis 1980 entwickelt, und kann unter Zugrundelegung dieser spezifischen Eheschließungsziffer auf eine verstärkte Heiratsneigung in den letzten Jahren geschlossen werden?

Im Jahr 1979 heirateten 344 822 Paare; das waren 16 607 Eheschließungen mehr als im Jahr zuvor.

Die spezifische Eheschließungsziffer (Zahl der Eheschließenden auf 1000 unverheiratete Männer im Alter von 18 bis unter 45 Jahre und Frauen im Alter von 16 bis unter 40 Jahre) ging von 1970 bis 1979 um 41 v. H. zurück. Von 1978 auf 1979 hat sich die spezifische Eheschließungsziffer hingegen geringfügig um knapp 1 v. H. erhöht. Der leichte Anstieg könnte darauf beruhen, daß ein Teil der Eheschließungen, die bei unverändertem durchschnittlichen Heiratsalter in den Vorjahren zu erwarten gewesen wären, „nachgeholt“ wurden.

Für 1980 liegen untergliederte Angaben zur Ermittlung der spezifischen Eheschließungsziffern noch nicht vor.

6. Weshalb ist die Bundesregierung bei ihren Modellrechnungen zur Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland in ihrem Bericht vom 2. Juli 1980 über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nur von einem jährlichen Zuwanderungsüberschuß von 20 000 Ausländern ausgegangen, obwohl
 - a) im Jahr 1979 163 000 Ausländer mehr als im Vorjahr in der Bundesrepublik Deutschland lebten und unter den gegebenen Umständen voraussichtlich nicht eine stärkere Verringerung des Zuzugs von Ausländern eintreten wird;
 - b) in dem am 15. Oktober 1979 vorgestellten Berichtsentwurf der Bundesregierung Modellrechnungen von einem Zuwanderungsüberschuß von bis zu 100 000 Ausländern ausgegangen sind?
7. Wie groß wird voraussichtlich die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2000 und 2030 sein bei einem jährlichen Zuwanderungsüberschuß von
 - a) 50 000
 - b) 100 000 Ausländern?

Die Fragen 6 und 7 werden im Zusammenhang beantwortet.

Bei den im Rahmen des Berichts über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland (Drucksache 8/4437) durchgeführten Alternativrechnungen in bezug auf Ausländer

(Wanderungsbilanzen + bzw. – 20 000 jährlich) handelt es sich lediglich um modellartige Darstellungen, welche die demographische Fortschreibung der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden ausländischen Bevölkerung unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung in den letzten fünf Jahren relativieren.

Im Rahmen erster Überlegungen wurden verschiedene Modellrechnungen durchgeführt, die u. a. auch von Zuwanderungsüberschüssen in der in Frage 6 b) genannten Größenordnung ausgingen. Der Entwurf ist in dieser Fassung entgegen der der Frage zugrunde liegenden Annahme nicht „vorgestellt“ worden.

In Abschnitt 4 des vorgelegten Berichts ist die Bedeutung von Modellrechnungen und Bevölkerungsvorausschätzungen erläutert worden. Hierauf wird Bezug genommen. Gegen die prognostische Deutung von Modellrechnungen bestehen – auch nach Auffassung von Wissenschaftlern, die sich im Rahmen einer vom Bundesminister des Innern durchgeführten Experten-Anhörung geäußert haben –, erhebliche Bedenken.

Eine plausible Vorausschätzung der durch eine Vielzahl von Faktoren bestimmten Ausländerentwicklung über kürzere Zeiträume hinaus ist nicht möglich. Die Ergebnisse langfristiger Modellrechnungen zur Ausländerentwicklung können deshalb nicht zur Grundlage politischer Überlegungen gemacht werden.

Die Zunahme der Ausländerbevölkerung im Jahr 1979 macht deutlich, in welchem starkem Maße gerade die derzeitige Entwicklung von Sonderfaktoren geprägt wird. Sie ist im wesentlichen das Ergebnis eines starken Familiennachzugs und eines großen Zustroms von Asylbewerbern. Da die Bundesregierung an dem 1973 verfügten Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Staaten festhält, ist der gegenwärtige Familiennachzug ein Faktum, mit dem nicht für lange Zeiträume gerechnet werden darf. Der Zustrom von Asylbewerbern entwickelt sich – nicht zuletzt dank der im Sommer 1980 eingeleiteten Maßnahmen – rückläufig. Dies zeigt ebenfalls, daß eine Fortschreibung temporärer Werte nicht zulässig ist.

Deshalb wäre auch eine Darstellung auf der Grundlage der in Frage 7 enthaltenen Zahlen allenfalls dazu geeignet, neue Mißverständnisse hervorzurufen.

8. Müssen die langfristigen Vorausschätzungen der Bevölkerungszahlen und der Altersschichtung, die von den Daten der Jahre 1970/72 ausgehen, geändert werden, nachdem sich allein bis 1976/78 die durchschnittliche Lebenserwartung bei Männern um 1,6 Jahre auf 69 Jahre und bei Frauen um 1,8 Jahre auf 75,6 Jahre erhöht hat, und auch in den Jahren 1979 und 1980 eine erfreulich starke Minderung der Sterblichkeit eingetreten ist?
9. Ist die Bundesregierung bereit, Modellrechnungen durchzuführen, bei denen unterschiedliche Annahmen über die weitere Entwicklung der Lebenserwartung zugrunde gelegt werden, und wenn ja, bis wann können diese Modellrechnungen vorgelegt werden?

Die Fragen 8 und 9 werden im Zusammenhang beantwortet.

Die Bundesregierung weist zunächst darauf hin, daß sich Änderungen bei der Sterblichkeit nicht in dem Umfange auf die Bevölkerungszahl auswirken wie Änderungen bei der Geburtenhäufigkeit und den Wanderungen. Auf den Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland (4.2) wird Bezug genommen.

Bei den in diesem Bericht dargestellten Bevölkerungsvorausrechnungen wurde die durchschnittliche Lebenserwartung der Jahre 1976/78 bereits berücksichtigt.

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort (Drucksache 8/3299) auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (vgl. dort Frage 6) erklärt, daß sich bei einem Vergleich der Ergebnisse der fünften koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung mit den Ergebnissen der Fortschreibung bzw. der laufenden Bevölkerungsstatistiken für die Jahre 1975 bis 1978 eine hinreichende Übereinstimmung ergibt. Dies gilt auch unter Einbeziehung des Jahres 1979.

Die Bundesregierung wiederholt ihre damals geäußerte Auffassung, daß es sich empfiehlt, nach dem Vorliegen neuer Basiszahlen aus der nächsten Volkszählung eine Revision der fünften koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung durchzuführen.

